

Nichts ist okay!

Gewalt ohne Ende

Polizisten werden in Dallas getötet, zuvor starben erneut Schwarze durch Polizeigewalt. Die Gesellschaft ignoriert ihr Rassismusproblem. Nun droht die Radikalisierung.

Die Gewalt in den USA eskaliert. Womöglich haben sich Wut, Frust und Trauer über immer neue Vorfälle von rassistischer Polizeigewalt in Dallas in dem gezielten Angriff auf Polizeibeamte entladen. Noch ist nicht klar, welche Beweggründe die Täter dazu führten, sich wie im Krieg mit Präzisionswaffen zu verschanzen und zu töten. Die Tat wird dem Land nicht helfen, ein Problem zu lösen, das schon viel zu lange existiert und viel zu lange ignoriert wird: Die USA sind eine rassistische Gesellschaft.

Der Rassismus ist institutionell und zeigt sich nicht nur in den dramatischen Fällen, in denen unbewaffnete Afroamerikaner von Polizisten erschossen werden. Der Alltag ist geprägt von Segregation: Minderheiten haben miese Bildungschancen, werden schlechter bezahlt, sind häufiger arbeitslos und werden im Vergleich zu Weißen überproportional oft zu Haftstrafen verurteilt.

Es ist ein gutes Jahr her, dass Präsident Barack Obama in Selma, Alabama, auf einer Brücke stand, auf der 50 Jahre zuvor schwarze Bürgerrechtler am Bloody Sunday niedergeknüppelt wurden. Obama mahnte, dass immer noch nicht genug getan sei, lobte aber auch sein auf dem Papier durch die Bürgerrechtsgesetze vereintes Land für den Fortschritt. Doch das Sterben geht weiter. Beispiel Laquan McDonald, 17 Jahre alt. Ein Polizist in Chicago feuerte in 13 Sekunden 16 Kugeln auf ihn ab. Ein Video über den Fall führte zu einer Untersuchung der Polizeiarbeit in der Millionenstadt. Er belegt, dass die Polizei keinen Respekt vor dem Leben von Afroamerikanern hat. Zwischen 2008 und 2015 wurden mehr als 400 Menschen von der Polizei getötet – 74 Prozent von ihnen waren Afroamerikaner. Sie machen jedoch nur ein Drittel der Einwohner Chicagos aus.

Und nun Philando Castile in Minnesota und Alton Sterling in Louisiana. Alle Fälle zeigen: Nichts hat sich verändert. Alle Appelle von Politikern und Aktivisten verhallen in einer Gesellschaft, die sich selbst stetig dafür lobt, ein melting pot zu sein, ein Schmelztiegel vieler Nationen. Doch Weiße nehmen sich immer noch als Erster unter Gleichen wahr und sind nur zu gern bereit, Rassismus zu negieren. Schließlich ist in den USA jeder für sein eigenes Glück verantwortlich. So weit der Mythos.

Dass die Freundin von Castille dessen Tod mit dem Handy aufnahm und Videos wie das von Laquan McDonalds Tod veröffentlicht werden, verstärkt die Reaktionen auf die Taten. Das Land ist gezwungen, seinem Rassismus live zusehen, verdrängen wird schwieriger. Die Strukturen der Polizei müssen reformiert werden. In Ferguson, wo ein Polizist 2014 den unbewaffneten Michael Brown erschoss, ist die Bevölkerung schwarz, die Polizei weiß. In der Truppe herrscht Korpsgeist, Polizisten waren stets Helden, unangreifbar – und im Zweifel beschützt das System sich selbst. Immer wieder gibt es Freisprüche für Beamte, die sich dem Vorwurf des Totschlags stellen müssen.

Darüber hinaus müssen sich Politiker und Bürger die Frage stellen, ob sie in einer Gesellschaft leben wollen, in der Waffen so alltäglich sind wie der Kaffee zum Mitnehmen. Warum müssen Polizisten jederzeit damit rechnen, dass ihr Gegenüber eine Waffe zieht? Warum haben die Schützen von Dallas große Waffen mit großen Magazinen für ihre Tat – und niemanden überrascht es? Noch so ein Problem, das einfach wegnoriert wird, egal wie viele Opfer es noch geben wird.

Die Gesellschaft muss sich endlich der Gewalt stellen, die, wie nun möglicherweise in Dallas, Gegengewalt provoziert. Fünf Polizisten sind dort gestorben, gezielt erschossen. Es wäre eine Katastrophe, wenn das jahrelange Nichtstun in der Rassismusfrage nun Menschen dazu bringen würde, ihrerseits mit Waffengewalt zu reagieren. Im schlimmsten Fall endet das in einem mörderischen Kampf.

Es gab immer wieder Momente, in denen die friedliche Black-Lives-Matter-Bewegung drohte, in Gewalt abzurutschen. Dem Aufruf zur Versöhnung von Bürgerrechtlern könnte nun in den USA ein Aufruf entgegenstehen, gezielt zur Waffe zu greifen und sich zu radikalieren. Um den Worten, die nichts gebracht haben, endlich Taten folgen zu lassen. Es wäre eine fatale Reaktion, nur noch mehr Menschen müssten sterben.

Weder Reformen der Polizei noch der Waffengesetze werden Rassismus und Gewalt sofort beenden. Darauf gibt es keine einfachen Antworten, aber doch eine eindeutige: Donald Trump, der immer wieder mit rassistischen Ressentiments provoziert, darf nie wieder Präsident werden. Es wäre ein unerträglicher Rückschritt. Denn selbst der erste schwarze Präsident hat nichts Grundlegendes verändert. Obamas Biografie bleibt die Ausnahme in den USA. Immer noch. "Unser Marsch ist noch nicht zu Ende", sagte er in Selma. Solange Afroamerikaner weiter bei Verkehrskontrollen und vor Supermärkten erschossen werden, hat der Marsch gerade erst begonnen.